

Thiel, Eberhard

Article — Digitized Version
Etat der Kontinuität

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Thiel, Eberhard (1973) : Etat der Kontinuität, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 53, Iss. 9, pp. 446-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134584>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Eberhard Thiel

Etat der Kontinuität

Trotz voller Kassen widersteht der Bund der Versuchung, seine Ausgaben übermäßig zu erhöhen. In den ersten sieben Monaten des laufenden Jahres sind die Ausgaben nur um 9% gestiegen. Auch 1974 soll der Bundeshaushalt mit 10,5% die gleichen Wachstumsraten aufweisen wie das Bruttosozialprodukt, das erstmalig über 1000 Mrd. DM liegen wird. Unter Einbeziehung einiger bisher im Etat nicht aufgeführter Posten sieht der Haushaltsentwurf eine Ausgaben-summe von 134,4 Mrd. DM vor.

Die Berücksichtigung der konjunkturellen Situation erfolgt somit nicht etwa durch eine unterproportionale Zuwachsrate der Ausgaben; die letzte mehrjährige Finanzplanung sah für 1974 sogar nur eine Erhöhung um 8,5% vor. Vielmehr sollen die Steuermehreinnahmen zu einer Senkung des Nettokreditbedarfs auf 2,3 Mrd. DM und zu einer verstärkten Rücklagenbildung verwandt werden. Die Einnahmenseite enthält aber noch einige Risiken, wie z. B. die anstehende Neuverteilung der Anteile an der Mehrwertsteuer zwischen Bund und Ländern; jede Umschichtung um einen Prozentpunkt bedeutet dabei für den Bund einen Verlust von 0,56 Mrd. DM.

Außerdem werden weiterhin partielle Steuersenkungen gefordert werden. Es bleibt dabei fraglich, ob Erhöhungen des Grundfreibetrags und der Abzugsgrenze für Sonderausgaben oder eine Ausdehnung der Proportionalzone der Einkommensteuer gegen Lohnforderungen aufgerechnet werden können, um zur konjunkturellen Beruhigung beizutragen. Überdies dürfte eine vor der generellen, auf eine ausgewogenere Belastung abzielenden Steuerreform durchgeführte Entlastung bestimmter Einkommensgruppen mit Sicherheit die Durchsetzbarkeit von bald erforderlichen kompensierenden oder sogar darüber hinausgehenden Steuererhöhungen erschweren;

der Bereich der Mehrwertsteuer würde dabei anzusprechen sein.

Diese höheren Steuereinnahmen sind zur Realisierung der angestrebten Ziele erforderlich, zumal eine relative Verminderung des privaten Verbrauchs weiterhin programmiert ist. Die Debatten um inflations- und progressionsbedingte Steuermehreinnahmen und gerade um verteilungspolitisch erwünschte Korrekturen sollten das nicht übersehen.

Ein aus konjunkturpolitischen Gründen motivierbarer Gleichschritt mit dem Bruttosozialprodukt kann somit nur ein Übergang sein. Gegenwärtig könnten neue Akzente lediglich durch Umstrukturierungen in den Zuwachsraten der einzelnen Ausgabenarten gesetzt werden. Das ist aber nur begrenzt zu beobachten, wobei außerdem die Preissteigerungen relativierend wirken. Der investive Anteil der Bundesausgaben geht nominal zurück, so daß real wohl kaum mit Mehrleistungen gerechnet werden kann. Die für 1973 angekündigte Stagnation in der Personalausstattung wird dagegen durch Stellenbewilligungen beendet.

Überdurchschnittliche Steigerungen weisen das Sozialressort mit höheren Zuschüssen zur Rentenversicherung und zur Kriegsopferversorgung auf und der Bildungs- und Forschungsbereich. Von den vorgesehenen Minderausgaben werden besonders die ursprünglich mit hoher Dringlichkeit vorgesehenen Gemeinschaftsaufgaben betroffen, die nunmehr Verzögerungen erfahren werden.

Unter diesen Aspekten kann dieser Etat der Kontinuität nur begrenzt positiv bewertet werden. Auch während Stabilitätskrisen sollte das Ziel der Dynamisierung des Volumens und der Struktur des Etats beachtet werden. Auch die Bereitschaft, alternative Budgetstrukturen, aufgegliedert bis zur ressortübergreifenden Projektebene, verstärkt zu diskutieren, sollte zunehmen.